

Braunkohlenplan Cottbus-Nord nicht legitim

Entscheidung der Europäischen Kommission unverständlich

Potsdam, 29. November 2006: Die AG Umwelt der Linkspartei.PDS Brandenburg kritisierte bereits die Verbindlicherklärung des Braunkohlenplans Cottbus-Nord durch die Landesregierung im Sommer diesen Jahres als sowohl inhaltlich als auch formell nicht legitim. Die jetzige Entscheidung der Europäischen Kommission der Abaggerung des Naturschutzgebietes Lakomaer Teiche zuzustimmen, ist unverständlich. Bereits im Jahre 2003 wurde dieses Gebiet nach der EU-Richtlinie Flora-Fauna-Habitat als schutzwürdig gemeldet.

Dazu erklärt die Sprecherin der AG Umwelt, Annemarie Kersten:

Inhaltlich ist die geplante Beseitigung der Lakomaer Teichlandschaft nicht zwingend erforderlich, um die Gemeinwohlziele einer sicheren Energieversorgung und Arbeitsplatzsicherung zu gewährleisten. Möglichkeiten der Kohleversorgung für das Kraftwerk Jänschwalde aus anderen Kohlevorkommen wurden nicht geprüft. Es ist nicht möglich, den Verlust der ökologisch wertvollen Teichlandschaft mit über 170 bedrohten Arten rechtzeitig und ausreichend zu ersetzen. Der Vorschlag zur Renaturierung der Spreeaue als Ersatz- und Ausgleichsmaßnahme wird in keiner Weise dem Verlust der einmaligen Teichlandschaft Lakomaer Teiche gerecht.

Die Entwicklung von Alternativen zur Inanspruchnahme wurde vom Bergbauunternehmen wie von der Landesregierung jahrelang verweigert und damit wesentlich eine Zuspitzung des Konfliktes provoziert. Diese findet vor allem im Interesse maximaler Unternehmensprofite durch Stromexport statt und geht bereits heute auf Kosten des Naturraumes, der betroffenen Anwohner und der Beschäftigten des Braunkohleunternehmens. Trotz steigender Wertschöpfung und enormer Rendite stagniert der Anteil der Beschäftigten auf niedrigem Niveau.